

Die CDU legt den Golfball direkt vors Loch

Göppingen Golfen statt wohnen: der Gemeinderat bereitet im Stauferpark ein Umsteuern vor.
Von Eberhard Wein

Der Golfclub Göppingen kann darauf bauen, dauerhaft im Stauferpark bleiben zu dürfen. Zwar beschloss der Gemeinderat bei den Haushaltsplanberatungen am Donnerstagabend noch keine förmliche Verlängerung des Mietvertrags, weil dies für das kommende Jahr auch gar nicht haushaltsrelevant gewesen wäre. Doch die Sprecher mehrerer Fraktionen signalisierten ihre Sympathie gegenüber dem Verein, der nicht nur einer ausgewählten Schickeria, sondern jedermann den Golfport ermöglichen will. So hatte die CDU beantragt, den im Jahr 2015 auslaufenden Pachtvertrag vorzeitig bis 2028 zu verlängern. Die neue Bürgerallianz (BAG) forderte gar eine dauerhafte Bestandsgarantie für den Neun-Loch-Golfplatz.

Für den Stauferpark, der bis zum Jahr 1992 vom US-Militär als Flugplatz genutzt wurde, würde dies eine komplette Neuausrichtung bedeuten. Der Finanzierungsplan für das Konversionsgelände müsste vollständig überarbeitet werden, warnte der Oberbürgermeister Guido Till. Der Golfclub zahlt jährlich eine Pacht in Höhe von 50 000 Euro. Im Flächennutzungsplan gilt das 25 Hektar große Gelände aber als „regionaler Wohnstandort mit großer Bedeutung für die nächsten Jahre“. Dementsprechend sind Einnahmen in Millionenhöhe in den kommenden Jahren eingeplant. Allein für die 44 Bauplätze des ersten Bauabschnitts erlöste die Stadt bei einem Quadratmeterpreis von 280 Euro insgesamt 6,2 Millionen Euro. Allerdings sei fraglich, ob es künftig überhaupt noch einen Bedarf in diesem Ausmaß gebe, sagte der CDU-Stadtrat Klaus Fischer. **Der Grünen-Fraktionschef Christoph Weber verwies darauf, dass der Golfplatz als grüner Puffer zwischen dem bestehenden Wohngebiet und den Gewerbebetrieben gebraucht werde.**

„Ein Schnellschuss wäre verheerend“, sagte OB Till. „Hier müssen verschiedene Details abgewogen werden“, erklärte der SPD-Fraktionschef Armin Roos. Dies soll nun bei einer Sitzung Anfang des kommenden Jahres geschehen. Der Golfclub, der vom Maitiser Bezirksbeirat Ingo Hagen (CDU) geleitet wird, benötigt Planungssicherheit, weil er in die Sanierung der Anlage investieren möchte.



Im Jahr 2015 läuft der Pachtvertrag des Golfclubs aus. Doch die Spieler werden wohl nicht vertrieben.

Foto: Horst Rudel

BRÖTCHENTASTE JA - PFERDESTEUER NEIN: DIE ETATBERATUNGEN IN GÖPPINGEN

Geld her Trotz eines chronischen Fünf-Millionen-Lochs im laufenden Betrieb der Stadt können sich nur die Grünen und der Linke-Stadtrat Christian Stähle eine Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer vorstellen. „Wenn es nur noch um die Erfüllung unserer Pflichtaufgaben geht, dann können wir dem OB genauso gut eine Fahrkarte ins Regierungspräsidium kaufen und dort unseren Haushalt aufstellen lassen“, sagte der Grünen-Chef Christoph Weber. Die anderen Fraktionen wollen aber erst bei der großen Konsolidierungsrunde Anfang kommenden Jahres über die Steuern sprechen.

Wagen weg Natürlich braucht der OB gar keine Fahrkarte, schließlich hat er einen Dienst-Daimler. Den will ihm der Linke Stähle jetzt wegsparen, was Guido Till ärgert. Schließlich müsse er die Stadt repräsentieren - wobei es Kollegen gibt, die das auch im Smart schaffen. Der Ditzinger OB verzichtet so-

gar ganz auf den Dienstwagen. In Göppingen kommt Tills E-Klasse nun mit dem gesamten städtischen Wagenpark auf den Prüfstand. Hauptsache, er muss nicht Bobbycar fahren.

In eigener Sache Wirtschaftsstandort stärken, Nutzungsgrad städtischer Einrichtungen erhöhen, Eigenbetriebe effektiver machen, Sozialausgaben überprüfen, Entschuldungsstrategie entwerfen: was die FDP/FW als Anträge aus betriebswirtschaftlichen Handbüchern abgeschrieben hat, klingt toll, aber auch blumig. Konkrete Vorschläge machten die Liberalen nur, als es um die Praxis bei Baugenehmigungen ging. Kein Wunder: schließlich hatte ihr Stadtrat Klaus Rollmann jüngst selbst schlechte Erfahrungen im Bauamt gesammelt.

Bauchplatscher Nur noch alle zwei Jahre Maientag feiern? Wenn der Linke Stähle diesen - stets vergeblichen - Antrag auch nur alle zwei Jahre stellen würde, wäre schon viel gewonnen. Die CDU erlebte dafür mit ihrem Vorschlag einer Pferdesteuer einen Bauchplatscher. Arbeitspferde seien ohnehin nicht steuerpflichtig, auswärtige Pferde, die Göppinger Wege zertrampelten, könnten auch nicht zur Kasse gebeten werden, erklärte dazu die Verwaltung. Vor allem stehe der Aufwand in keinem Verhältnis zum Ertrag. Kleinlaut zog die CDU ihren Vorschlag zurück.



Foto: Rudel

Wunschkonzert Manche Träume könnten aber auch wahr werden: Die FDP

wünscht sich eine Marc-Chagall-Ausstellung, die Bürgerallianz eine Fußgängerzone in der Freihofstraße, die SPD ein Haus der Kulturen. All dies wird ebenso geprüft wie der Wunsch der Freien Wähler nach einer Brötchentaste für Kurzparker und einem Biergarten am Stadthallenrestaurant. Sogar der Linke Stähle konnte sich mit seinem Appell, auf Prestigeprojekte zu verzichten, durchsetzen. Es seien keine Prestigeprojekte geplant, kommentierte die Verwaltung trocken.

Holzweg Das sogenannte Baumgeld, mit dem die Stadt die Pflege von Streuobstwiesen fördert, wird nicht wieder eingeführt. Eine knappe Mehrheit sprach sich dagegen aus, auch weil die drei Landwirte in der Runde als Befangene nicht mitstimmen durften. **Ziemlich kleinlich, wie der Grüne Martin Schurr fand. „Bei mir geht es um 50 Euro, die nicht einmal ich bekomme, sondern mein Bruder.“** kew